

Von: "CSU-Landesgruppe" <csu.landesgruppe@cducsu.de>

Datum: 18. September 2009 14:21:54 MESZ

Betreff: Antwort zu Ihren Fragen zur Finanz- und Wirtschaftskrise

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre E-Mail, mit der Sie Fragen zur Finanzierung der Ausgaben für die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise an mich richten. Als Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag darf ich Ihnen auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen, die Sie ebenfalls angeschrieben haben, antworten.

Für die CSU-Landesgruppe ist das Abschwächen der Folgen der Finanzkrise ein ganz vorrangiges Ziel. Deshalb hat unser Bundeswirtschaftsminister bereits eine Reihe effektiver Maßnahmen ergriffen. Zum einen den Ausbau gezielter Kredite und Bürgschaften der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für Unternehmen. Zum anderen die Steigerung der Kreditvergabefähigkeit der Banken durch die Stabilisierungsmaßnahmen für den gesamten Finanzmarkt. Der Bewältigung der Krise dient auch das Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung, welches von Bundestag und Bundesrat bereits verabschiedet wurde. Durch dieses Gesetz können sich Banken von Risiken weiterer Wertverluste zunächst weitgehend befreien, indem sie sich von diesen kritischen Vermögenspositionen trennen. Wir erwarten, dass dies für eine weitere Entspannung auf den Kreditmärkten sorgen wird, weil die Banken dann wieder mehr Luft für ihr eigentliches Geschäft, die Kreditvergabe, haben werden.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir uns nicht ausgesucht. Sie lässt sich aber auch nicht wegdiskutieren. Die deutsche Industrie und der deutsche Mittelstand sind aber so gut aufgestellt, dass sie gestärkt aus der derzeitigen Rezession hervorgehen werden. Unsere Politik nach dem Dreiklang „Sanieren – Investieren – Reformieren“ hat bis zur Finanzkrise den kräftigsten Aufschwung seit der Einheit bewirkt mit über einer Million Beschäftigte mehr seit 2005, so wenige Arbeitslose wie seit 15 Jahren nicht. Ohne die Konsolidierung der Haushalte hätte der Staat kaum die Mittel, um entschlossen die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zu mildern.

Es gibt erste Anzeichen, dass Deutschland dank der guten wirtschaftlichen Struktur seiner Wirtschaft die besten Chancen hat, gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Umso wichtiger ist es, jetzt die richtigen Weichen zu stellen. Die Union hat deshalb ein solides Entlastungskonzept vorgelegt, das trotz der Krise realisierbar ist. Unser Entlastungskonzept ist gegenfinanziert, wenn wir 0,8 Prozent zusätzliches Wachstum gerieren. Dies ist realistisch. In zwei Schritten werden wir 2011 und 2012 den Eingangssteuersatz von 14 Prozent auf 12 Prozent senken, die kalte Progression bekämpfen und den Höchststeuersatz erst ab 60.000 Euro Bruttoeinkommen einführen.

Dass unsere Steuerpolitik leistungsgerecht, familiengerecht, generationengerecht und krisenfest ist, haben wir bereits in den letzten vier Jahren bewiesen. Ab Januar 2010 werden Bürger und Betriebe durch das Bürgerentlastungsgesetz insgesamt über zehn Milliarden Euro weniger Steuern zahlen müssen. Die Unternehmensteuerreform wurde zum Schutz von Arbeitsplätzen weiterentwickelt. Die Unternehmen können damit Arbeitsplätze und Lehrstellen erhalten und neue schaffen. Die Beiträge für die

Kranken- und Pflegeversicherung sind ab 2010 von der Steuer absetzbar.

Ihren Forderungen nach konsequentem Vorgehen gegen Steuerhinterziehung sowie einer stärkeren Kontrolle der weltweiten Finanzmärkte kann ich beipflichten. Steuererhöhungen, wie Sie es vorschlagen, wird es mit der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag jedoch nicht geben. In der derzeitigen Wirtschaftskrise würden diese krisenverschärfend wirken und wären kontraproduktiv.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hartmut Koschyk MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Kommentar von Detlev von Larcher, Mitglied des Attac-Koordinierungskreises:

Hartmut Koschyk antwortet bis auf den letzten Absatz nicht auf die konkreten Fragen und Vorschläge. Und dort bleibt es bei unverbindlicher Absichtserklärung; kein Wort, warum die Union bisher nichts gegen die Steueroasen und für die Kontrolle der Finanzmärkte getan hat. Statt dessen betet er das Wahlprogramm herunter und jubelt einige kleine Schrittden zu wirksamen Maßnahmen gegen die Krise hoch. Er äußert sich nicht darüber, wer die Kosten der Krise tragen soll – jedenfalls nicht die Reichen, denn denen verspricht er utopische Steuersenkungen.